

Offener Brief an das Präsidium der Universität Trier

An den Präsidenten der Universität Trier
Herrn Prof. Dr. Michael Jäckel

An die Kanzlerin der Universität Trier
Frau Dr. Ulrike Graßnick

Trier, 19.12.2019

Forderungen des Fachschaftsrates Psychologie Trier zur Umsetzung des Psychotherapeutengesetzes

Sehr geehrter Herr Professor Jäckel,
sehr geehrte Frau Doktor Graßnick,

das Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz (PsychThGAusbRefG), welches am 26. September vom Bundestag und am 08. November vom Bundesrat verabschiedet wurde, löst viele Ängste und Unsicherheiten bei den Studierenden und Studieninteressent*innen des Fachs Psychologie aus. Um ein Studium zu ermöglichen, welches die im Gesetz sowie in der künftigen Approbationsordnung definierten Voraussetzungen zur Erteilung einer Approbation erfüllt, ist eine Neugestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge der Psychologie an Universitäten unumgänglich.

Als gewählte Vertretung aller Psychologiestudierenden der Universität Trier erachten wir es als unverzichtbar, dass die Universität Trier den Bachelorstudiengang Psychologie an die Approbationsordnung anpasst und neben einem allgemeinen Master in Psychologie auch einen Master in Psychotherapie anbietet.

Der im Rahmen jährlicher Orientierungsveranstaltungen stattfindende Austausch mit Studienanfänger*innen zeigt, dass das Psychologie Studium an dieser Universität aufgrund der Randlage Triers in Deutschland anderen psychologischen Studiengängen gegenüber benachteiligt ist – unabhängig von der Qualität der Lehre. Dies zeigt sich auch im weniger strengen NC-Wert, der in vielen Fällen das entscheidende Argument für einen Studienbeginn in Trier ist, da andernorts keine Chance auf einen Psychologie-Studienplatz besteht. Wir

sehen es als äußerst wichtig an, diesen Nachteil durch ein attraktives Studienangebot zu kompensieren.

Zu Beginn des Studiums haben viele Studierende das Ziel eine Laufbahn als Psychotherapeut*in einzuschlagen, andere möchten sich den Zugang zu dieser Laufbahn offenhalten¹. Es wäre daher fatal, aufgrund des fehlenden Zugangs zur Psychotherapie an Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit als Studienstandort zu verlieren und möglicherweise zu dem Trend der sinkenden Studierendenzahlen an der Universität beizutragen. Wir sollten die anstehende Veränderung stattdessen als Chance begreifen, den Standort Trier attraktiver zu gestalten und zu Mitgestaltenden der Zukunft der Psychologie und Psychotherapie zu werden.

Um den geplanten Start des neuen Bachelorstudiengangs zum Wintersemester 2020/21 zu ermöglichen, ist es unabdingbar, dass das Land den Universitäten die finanziellen Ressourcen bereitstellt, welche für die Reform der Studiengänge notwendig sind. Daher bitten wir das Präsidium eindringlich darum, sich auf Landesebene für die fristgerechte Finanzierung der Studiengänge einzusetzen. Andernfalls sehen wir die Vorleistung finanzieller Ressourcen durch die Universität Trier als einzige Alternative.

Weiterhin fordern wir, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel, die für die Umsetzung des künftig zur Approbation führenden Studiums benötigt werden, dem Fach Psychologie auch tatsächlich zu Gute kommen. Diese Mittel sollten in keinem Fall zweckentfremdet an anderer Stelle verwendet werden. Die derzeit existierenden Stellensperren zur Erfüllung der Einsparauflagen dürfen künftig auf keinen Fall Stellen betreffen, welche an die im Rahmen der Lehre stattfindenden Patientenversorgung gebunden sind.

Gerne sind wir bereit unsere Anliegen und eventuelle Rückfragen im persönlichen Austausch zu erläutern und freuen uns auf Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. Luisa Jungheim und Ronja Müller
Fachschaftsrat Psychologie der Universität Trier

¹ https://psyfako.org/wp-content/uploads/2018/07/Positionspapier-der-Psychologie-Fachschaften-Konferenz-PsyFaKo-zum-Reformprozess-des-Psychotherapeutengesetzes_W%C3%BCrzburg_2018.pdf